

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

**Dr.-Ing. Günter Briese**

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Staubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landkreis Dahme-Spreewald  
Vice-Landrätin und Bau-Beisitzende  
Frau Heike Zettwitz *persönlich*  
Reutergasse 12  
15709 L ü b b e n / Spreewald

Eichwalde, den 14. September 2019

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom -

BER-Projekt und U7-Verlängerung,  
zur Verlagerung der Zuständigkeit  
vom Land Brandenburg zum Landkreis LDS

Sehr geehrte Frau Vice-Landrätin Zettwitz !

Zunächst: Viel Glück für Ihr neues Tätigkeits-  
feld ! Kein leichtes Amt !

Nachdem nun das erste große Staunen über diese  
irrwitzige Verantwortungsabgabe des Landes  
wohl verklungen ist, beginnt das Rätseln bezüg-  
lich der Hintergründe dieser Maßnahme.

Da weder der Konsensbeschluß zum BER-Standort  
noch der Planfeststellungsbeschluß zu Details  
im Landtag diskutiert und beschlossen wurden,  
liegt die Verantwortung für die Verwirklichung  
dieser Fehlentscheidungen eindeutig bei der Lan-  
desregierung.

Die diesen Beschlüssen entgegenstehenden Fakten  
und EU-Rechtsvorschriften wurden 2013 und 2017  
von unserer Gruppe von Bürgerinitiativen an den  
Landtag herangetragen.

1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftswissenschaften  
in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,  
Elektro-Apparate-Werk Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,  
Fachschule für Schweißarbeiten und  
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik,  
Einkaufs-Ingewerkschaft zu Berlin, Sekt. Elektrotechnik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Lehrender  
mit Umschreibungen zur Systematisierung  
von Herstellungsprozessen aller Art mit Hilfe von  
mechanischen, Simulations- und algorithmischen  
Programmen

1972, 1974 Pflanzprediger und Hochschulprediger  
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik  
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer  
Grundsatzfragen im DEUTSCHEN MEDIENRECHT (DMR)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen  
Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des  
Landesparlamentes Cottbus

1983-73 Solitärer Konstrukteur  
1973-91 Ingenieur für entwicklungsleitende  
Standardisierung/Konzeption

1994 Realisierer

im 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Probestoffmengen"  
mit der Berechnung möglicher Fertigungsbilanz-  
Maßbedingungen für Typen, Sorten und Mengen  
für Duroplast-Formstoffteile, KANNE UND KAUTSCHUK

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der  
Volkswirtschaft gegen das Sinken des  
wissenschaftlich-technischen Niveaus im  
Ausländischen Plastikverarbeitung  
(Verhinderung der Einführung des sozialistischen  
Gest-Toleranz- und Passungssystems zugunsten  
der Einführung des internationalen  
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe  
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik  
in der Volkswirtschaft i.A. des AMW Berlin  
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben  
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,  
Teil II: Entwicklungs- Aufgabenfolge-Notizen,  
Kosten-Nutzen-Analyse)  
mit dem Co-Autor  
Dr. Wilfried Schaeff, Zentrallabor für  
Plastverarbeitung Leipzig und  
Dipl.-Phys. Dieter von Straußitz, TU Dresden

1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz  
(statist. Methode) zu statistischer Toleranz  
(wenn-Oben-Methode) für Maßketten zur Erzielung  
von Fertigungs-kostenminimierung durch größere  
Bestelltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

im 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsprozesses  
von Duroplastformteilen aus Abfall-Bilfugtes-  
Verfahrungen, Eröffnungsvortrag der Sektion  
Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen  
Fachtagungen ELASTIK der Kammer der Technik, Dresden

im 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjährigen  
der Sowjetunion im Rahmen des Frontloosverfahrens,  
Humboldt-Universität zu Berlin

1990 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der  
Volkswirtschaft gegen das Sinken des  
wissenschaftlich-technischen Niveaus  
(Verhinderung der Einführung der sozialistischen  
Zweckmäßigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und  
Regelungstechnik)

1991 Dissertationsaufzeichnung in FEDERATIONSDRUCK  
29(1997) E.4 S.162

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft  
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft  
mit Hermann Schmidt über WIES KORN an  
Zentrales Bundes Büro und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Toluol-Sonne  
(Spekulations-Diskussion) und eines neuen  
Breitband-Abkommens (früher Michaelkerol)  
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages  
noch vor der ERO-Einführung

2013-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes  
(BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den  
Beitrag zur ERO-Zone an die Bundesregierung und  
an die Landesregierung Brandenburg

2016-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen  
für die Bewältigung der Welt-Energie- und Wirtschaftskrisen  
sowie zur Vermeidung möglicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Einheitspreises  
Flughafen Berlin Brandenburg International (EBI)  
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Verträge,  
Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen  
und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR  
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND  
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative  
NOTWEHR Anlieger BER  
in enger Zusammenarbeit mit der  
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>  
sowie [www.eichwalde.com](http://www.eichwalde.com) und [www.bebb-ev.de](http://www.bebb-ev.de))

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der  
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE  
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE  
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Diese Zusendungen waren ausdrücklich für jeden Landtagsabgeordneten bestimmt, aber haben niemals die Abgeordneten erreicht, noch nicht einmal die Fachgebietszuständigen oder den Petitionsausschuß, und dies trotz diesbezüglicher Reklamation bei der bisherigen Landtagspräsidentin ! Diese Unterlagen wurden wohl als zu brisant eingeschätzt !?

Aber dies dürfte sich in Kürze ändern, denn wir sandten nun den "Politikerbrief" des Titels "EU-Recht ist umzusetzen ..." von 2017 an alle Brandenburger Parteizentralen. Und die neue Zusammensetzung des Landtages wird hoffentlich sicherstellen, daß nun endlich darüber diskutiert wird, daß die Bedingungen gem. dem Konsensbeschluß 1996, die U7 schon allein für eine Regionalflughafenkapazität gemäß Planfeststellungsbeschluß (PFB) bis Schönefeld zu verlängern nicht umgesetzt wurde, daß der Standort Sperenberg im Konsensbeschluß allein wegen nicht erwartbarer Passagierzahlen wie jetzt gem. "Masterplan" der FBB GmbH geplant abgelehnt wurde, aber gleichzeitig der Standort Schönefeld für solche Passagierzahlen ausgeschlossen wurde, übrigens auch gem. PFB, und daß FÜR DEN PFB NOCH NICHT EINMAL EIN ERFOLGREICH ABGESCHLOSSENES UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFVERFAHREN NACHWEISBAR IST, so daß das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens von 1994 (ROV 1994) weiterhin gilt, das Masterplan-Bedingungen für Schönefeld ebenfalls ausschließt.

Dies sowie auch das falsch geplante Flughafen-Layout bezüglich des Verstoßens der Ausrichtung der BER-Südbahn auf besiedeltes Gebiet entgegen dem ICAO Doc. 9184, Airport Planning Manual, als EU-Mindestrecht bewirken, daß der BER so nicht genehmigungsfähig ist und deshalb der Flughafen Tegel TXL aus Kapazitätsgründen offen zu halten ist, also das derzeitige Berliner Flughafensystem SXF + TXL erhalten bleiben muß, wozu aus insolvenzvermeidungstaktischen Gründen auch ein FBB-Splitting in eine BER-Projektgesellschaft und eine SXF -TXL-Flughafen-Betreiber-Gesellschaft erforderlich ist - Letzteres wurde inzwischen von Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup in Angriff genommen.

Warum durfte der Landtag sich nicht mit all dem befassen ?

Da all dies auch an die Landesregierung herangetragen wurde, bestehen genügend viele bedeutsame Gründe dafür, daß DIESE NUN "KALTE FÜßE" BEKOMMT UND NUN VERSUCHT, SO VIEL VERANTWORTUNG WIE IRGEND MÖGLICH FÜR DAS FLUGHAFENPROJEKT ABZUSCHIEBEN !

Oder soll zusätzlich durch Verhandlungen zur U7-Verlängerung vielleicht mit ökonomischen Mitteln Druck auf den Landkreis und damit auf Sie als Vice-Landrätin und Bau-Beigeordnete, zuständig für das BER-Projekt, in Richtung Genehmigungs-Kompromissen ausgeübt werden ?

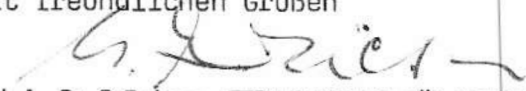
Mögen Sie sich bei sicherheitsrelevanten Entscheidungen nicht "überfahren" lassen ! Mögen Sie standhaft bleiben .- in unserem wie auch in Ihrem ureigensten Interesse ! Wer läßt sich, kommt es wirklich einmal zu einer Katastrophe mit Personenschäden, schon gern der Öffentlichkeit als Allein-schuldige präsentieren, "der solchen Murks genehmigt hat !"

Anlaß dafür gibt es genug: Kabeltrassen, welche von dafür ungeprüften Dübeln, teils unter Plasteinsatz, gehalten werden und im Brandfall auf die Flugreisenden herabstürzen, da auch die Verbindung Dübel-Sandstein ungeprüft und unsicher ist, bestückt mit Sicherheitskabeln, die ihre Funktion im Brandfall nicht erfüllen können, weil sie statt separat freiliegend leider gemeinsam mit Normalkabeln verlegt wurden, so daß sich ihre Plast-Ummantelung nicht bei Hitze aufblähen kann und sie deshalb wie andere Kabel auch verbrennen, dadurch alle Sicherheitssysteme ausfallen und die Rettungskräfte nicht bis zu den Opfern durchdringen können. Eine schreckliche Vorstellung !

Wenn dies alles endlich einmal diskutiert wird, dürfte die Zukunft interessant werden ! Verantwortungsverlagerung als erste Reaktion auf den Abwärtstrend für die SPD in der Wählergunst ( vgl. "Es geht abwärts - auch ohne Gabriel, Umfragewerte der SPD seit 2017, MAZ 8.September 2019 S. 3) oder wegen nun erwartbarer Diskussionen hierzu im Landtag ?

Bisher sind noch immer die BER-Umlandgemeinden die Gebeutelten, nicht zuletzt wegen ihrer widerrechtlich-unfreiwilligen BER-Co-Finanzierung über zu hohe Gebühren und Beiträge des MÄRKISCHEN ABWASSER- UND WASSER-ZWECKVERBANDES (MAWV) - und nun noch die U7-Verlängerungs-Finanzierung trotz bereits ohnedem erwartbaren Finanzproblemen in der Zukunft !

Bitte nutzen Sie zu Ihrer Information auch unsere Internet-Adresse : <http://berlin-brandenburg-21.de> für Ihre Arbeit ! Wir sind schon 22 Jahre "dabei" ! Mit besten Wünschen sowie mit freundlichen Grüßen

  
- i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT;

ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -